

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation Hamburg

o. Landesparteitag 11.06.2016

Beschlusstexte

Stadtentwicklung / Wohnen

Landesvorstand

Annahme

Initiativantrag

Eine Stadt für alle - bezahlbares Wohnen für alle

Wie die Menschen in unserer Stadt wohnen ist eine wichtige soziale Frage. Die Bereitstellung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum war und ist daher ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik gerade auch in Hamburg.

Mit dem wohnungspolitischen Aufbruch im Jahr 2011 haben wir dem bis dahin brachliegenden Neubau von Wohnungen einen entscheidenden Impuls gegeben. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft im Bündnis für das Wohnen und mit den Bezirken auf der Grundlage des Vertrags für Hamburg konnten wir so unser Versprechen von mindestens 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr in der Stadt erfolgreich umsetzen.

Die Hamburger SPD hat sich zum Ziel gesetzt, diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass in diesen Tagen ein neues Bündnis für das Wohnen mit der Hamburger Wohnungswirtschaft unterzeichnet werden konnte.

Die Vereinbarung, zukünftig die Genehmigung von jährlich mindestens 10.000 Wohneinheiten zu erreichen, ist vor dem Hintergrund des zu erwartenden Bevölkerungszuwachses richtig und notwendig. Uns ist bewusst, dass im Jahr 2030 nach derzeitigen Prognosen rund 1,9 Millionen Menschen in Hamburg leben werden. Und hierbei ist der Zuzug von Geflüchteten oder andere Migrationsbewegungen noch gar nichtberücksichtigt.

Uns ist wichtig, dass sowohl die neu Zugezogenen als auch die bereits länger hier lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen Stadtteilen ein attraktives und bezahlbares Wohnungsangebot vorfinden. Die Erhöhung der jährlich zu fördernden Wohneinheiten von mindestens 2.000 auf zukünftig 3.000 und die Fortsetzung des sogenannten Drittmixes aus Eigentum, freifinanziertem und geförderten Wohnungsbau macht dies deutlich.

Ein besonders wichtiges Instrument zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist in Hamburg unser städtisches Wohnungsunternehmen SAGA GWG. Mit einem Bestand von rund 132.000 Wohnungen und mit einem ehrgeizigen Neubauprogramm von nunmehr sogar 2.000 Wohnungen jährlich, ist SAGA GWG eine unverzichtbare Säule der Daseinsvorsorge in einer sozialen Stadt.

Während wir den Neubau von Wohnraum weiter verstärken, achten wir gleichzeitig darauf, dass der Charakter Hamburgs als der lebenswerten, grünen Stadt am Wasser erhalten bleibt. Die Hauptaufgabe sehen wir daher weiterhin in einer deutlichen Verdichtung bereits

erschlossener Gebiete. „Mehr Stadt in der Stadt“ heißt für uns, bisherige Baulücken zu schließen, den Bestand durch Neubau zu ergänzen und anstehende Planungen auf die Möglichkeit von höheren Gebäudegrößen zu überprüfen, wo immer dies möglich ist.

Für uns ist es wichtig, mit der besseren Ausnutzung urbaner Flächen, einem übermäßigen Verbrauch von Flächen außerhalb bisher vorhandener Wohngebiete vorzubeugen. Als Hamburg-Partei wissen wir, dass zur Entwicklung einer starken und schönen Stadt immer ein sinnvoller Ausgleich von Wohnen, Arbeiten und Erholung gehören. Auch in Zukunft können sich die Hamburgerinnen und Hamburger darauf verlassen, dass wir uns für den Erhalt und die Stärkung eines lebenswerten Wohnumfeldes einsetzen.

Dennoch werden wir den steigenden Wohnungsbedarf nicht nur durch eine intensivere Innenverdichtung abdecken können. Uns ist bewusst, dass in Hamburg auch „Mehr Stadt an neuen Orten“ wichtig und richtig ist.

Ziel sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik ist es sowohl im Rahmen der Innenverdichtung als auch bei neuen Wohngebieten, ein möglichst kostengünstiges Bauen zu ermöglichen. Auch jenseits des geförderten Wohnungsbaus muss es uns gelingen, die Kosten für den Großteil der Neubauten so zu gestalten, dass eine maximale Netto-kalt-Miete von 8 Euro nicht überschritten wird. Dies ist ungefähr die Höhe der heutigen Durchschnittsmiete in Hamburg, bei Neubauten liegt die Miete aber sehr häufig deutlich darüber. Selbst mit einem durchschnittlichen Einkommen sind höhere Mieten aber kaum zu bezahlen. Der Senat sollte daher mit einer konzeptorientierten, preisgünstigen Bereitstellung städtischer Flächen, durch den Verzicht auf übermäßige Bauanforderungen und auch durch eine stärkere Akzeptanz serieller Bauweisen, aktiv zu einem bezahlbaren Niveau auch bei der Vermietung von neuen Wohnungen beitragen.

Dort wo im Bestand eine Verdrängung durch Umwandlung von Wohnraum oder überhöhte Mietforderungen droht, sorgen wir mit den bestehenden und mit bereits geplanten weiteren Sozialen Erhaltensverordnungen dafür, dass trotz der steigenden Wohnungsnachfrage eine ungewollte Veränderung der Wohngebiete zu Lasten der bisherigen Mieterinnen und Mieter vermieden wird. Eine ebenso wichtige Schutzmaßnahme ist die Mietpreisbremse in ganz Hamburg, an der die Hamburger SPD weiterhin festhalten wird.

Dort wo ganze Quartiere einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben, leistet die Stadt mit dem erfolgreichen Einsatz des Rahmenprogramms zur Integrierten Stadtentwicklung (RISE) konkrete Hilfe.

In der Bundesregierung hat die SPD u.a. mit dem Beschluss zur Mietpreisbremse und mit der Wohngeldreform zum 01.01.2016 wichtige Maßnahmen für die Mieterinnen und Mieter durchgesetzt. Zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus insbesondere in den großen Städten, ist allerdings eine weitere Erhöhung der Bundesmittel unerlässlich. Die Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten werden daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass den

Ländern vom Bund zusätzliche Mittel an die Hand gegeben werden, damit dort wo es erforderlich ist, auch der Neubau von sozial gebundenen Wohnungen gestärkt werden kann.

Wie bereits in der Vergangenheit werden wir diese Mittel in Hamburg gezielt und zweckgebunden einsetzen.

Ein aktiver Einsatz für die bisherigen Mieterinnen und Mieter, die Gestaltung eines lebenswerten Wohnumfeldes und eine nicht nachlassende Neubauaktivität für Wohnungssuchende innerhalb und von außerhalb der Stadt bei Bewahrung des besonderen Charakters Hamburgs, das ist unsere Politik zur Gestaltung einer Stadt für alle.

Woh1 Stadtentwicklung / Wohnen

Kreis III Eimsbüttel

Ablehnung

Angemessene Wohnraumkosten bei staatlichen Transferleistungen

Flü1 Flüchtlingspolitik

Kreis IV Nord

Annahme in geänderter Fassung

Mitbestimmung in Flüchtlingsheimen - Integration beginnt in der Unterkunft

Der Hamburger Senat wird gebeten, die folgenden Ziele in geeigneter Weise umzusetzen:

1. Demokratische Mitwirkung der Geflüchteten in unterkunftsspezifischen Belangen in allen öffentlich-rechtlichen Folgeunterbringungen sowie die Unterstützung geeigneter Stellen zur Einführung dieser Unterkunftsbeiräte.
2. Ein angemessenes – aus zusätzlichen Mitteln bereitgestelltes – Budget für die Unterkunftsbeiräte, um kleinere anfallende Maßnahmen unkompliziert und selbstbestimmt umzusetzen.

Flü2 Flüchtlingspolitik

Kreis VII Harburg

Annahme

Soziale Bindungen in die Verteilungsentscheidung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung einbeziehen

Der Landesparteitag möge beschließen:

An Senat, Bürgerschaftsfraktion, Bezirksfraktionen:

Die zuständigen Stellen werden gebeten, regionale soziale Bindungen bei der Verteilentscheidung auf Unterkünfte der Folgeunterbringung soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Auß1 Außen

Kreisvorstand SPD Wandsbek

erledigt durch Annahme von Auß 2

Flucht und Fluchtursachen

Auß2 Außen

AG 60plus Hamburg

Annahme in geänderter Fassung

Flucht und Fluchtursachen

Der Landesparteitag

- begrüßt die beharrlichen Bemühungen Frank-Walter Steinmeiers um eine friedliche Beilegung des Krieges im Nahen Osten und alle Maßnahmen zur Reduzierung von Fluchtursachen,
- fordert eine ausreichende Finanzierung des UNHCR zur Unterhaltung der Flüchtlingslager in den Anrainerstaaten Syriens,
- verurteilt die immer noch stattfindenden Waffenlieferungen an Katar und Saudi-Arabien,
- verurteilt das aggressive Vorgehen der Regierung Erdogan gegen Kurden in der Türkei, dem Irak und in Syrien und
- fordert die Beachtung der Menschenrechte, das Recht auf freie Religionsausübung, auf Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei als Voraussetzung engerer Zusammenarbeit mit der Erdogan-Regierung über die Flüchtlingshilfe hinaus.

Auß3 Außen

Kreis V Wandsbek

zurück gezogen

Städtepartnerschaft der Hafenmetropolen Hamburg und Piräus

Auß4 Außen

Kreis III Eimsbüttel

erledigt

Für die Ächtung von Kampfdrohnen

Vorlage auf LPT 11/2013 -Votum : Erledigung durch PV Beschluss von Juni 2013

Vorlage auf LPT 04/ 2015 - Votum : Erledigung durch PV Beschluss von Juni 2013 und LPT Beschluss aus 11/ 2013

Erledigt durch vorgenannte Beschlüsse

Arb1 Arbeit

Kreis I Mitte

AfA

Annahme

Politik der „Guten Arbeit“ fortsetzen - befristete Beschäftigung in Hamburg begrenzen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, Regelungen zur Begrenzung der befristeten Beschäftigung im öffentlichen Dienst und in den Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg zu schaffen. Vorbild für solche Regelungen können die 2012 vom SPD-Senat verabschiedeten Richtlinien zur Beschäftigung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern sein[1]. Zu prüfen ist dabei insbesondere, ob ein Ausschluss sachgrundloser Befristungen im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt und in den Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg möglich ist.

[1] Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 20/5901.

Arb2 Arbeit

Kreis III Eimsbüttel

Annahme in geänderter Fassung

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich langfristig dafür einzusetzen, dass die Arbeits- und Entgeltbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vom ersten Tage an den Bedingungen der Stammebelegschaft entsprechen.

Arb3 Arbeit

Jusos

erledigt durch Annahme von Arb 2

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit

Arb4 Arbeit

Jusos

erledigt

Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für Zeitungszusteller im Mindestlohngesetz

Arb5 Arbeit

Kreis III Eimsbüttel

erledigt

Außerkraftsetzung der Ausnahme im Mindestlohngesetz bezüglich der Zeitungszusteller*innen

Arb6 Arbeit

Jusos

Annahme

Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für Minderjährige im Mindestlohngesetz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD setzt sich für eine Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für Minderjährige ohne Berufsausbildung im Mindestlohngesetz (§ 22 Abs. 2 MiLoG) ein.

Arb7 Arbeit

Kreis III Eimsbüttel

erledigt durch Regierungshandeln

Verbot für Einsatz von LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen

Arb8 Arbeit

Jusos

erledigt durch Regierungshandeln

Verbot für den Einsatz von LeiharbeitnehmerInnen für die Streikbrechung

Arb9 Arbeit

Jusos

Annahme in geänderter Fassung:

Verbesserter Arbeitsmarktzugang für Schwerbehinderte

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auch weiterhin für die arbeitgeberseitige Verwirklichung der Pflichtquote für die Beschäftigung von Menschen mit schwerer Behinderung oder diesen Gleichgestellten einzusetzen, insbesondere die entsprechenden Ausgleichsabgaben und Bußgeldtatbestände zielorientiert anzupassen.

Soz1 Soziales

Kreis III Eimsbüttel

Ablehnung

Anrechnung der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter

Soz2 Soziales

Kreis III Eimsbüttel

zurück gezogen

BAföG Darlehensanteil bei der Einkommensberechnung für Kita Gutscheine nicht einbeziehen

Soz3 Soziales

Kreis III Eimsbüttel

Annahme in geänderter Fassung:

Änderung des Gesetzes zum Unterhaltsvorschuss

Die Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass:

1. Der Unterhaltsanspruch des Kindes nach Unterhaltsvorschussgesetz bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres erweitert und die zeitliche Befristung der Bezugsdauer in § 3 des Gesetzes auf 72 Monate aufgehoben wird;
2. Der Anspruch des Kindes unabhängig von einer Neuverheiratung mit einem neuen Partner des betreuenden Elternteils oder dem Zusammenleben familienrechtlich getrennt lebender Elternteile in einer Wohnung i.S. d. § 1567 BGB besteht.

Soz4 Soziales

Kreis III Eimsbüttel

zurück gezogen

Keine Kürzungen im Rahmen des „9. Änderungsgesetz zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ zum Nachteil von Alleinerziehenden

Soz5 Soziales

Kreis VII Harburg

Initiativantrag

Annahme

Keine Abzüge beim ALG II bei Alleinerziehenden

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

1. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, das 9. SGBII-Änderungsgesetz nicht zu beschließen, solange es dazu führt, dass Alleinerziehenden für die Zeit des Aufenthalts von Kindern beim anderen Elternteil anteilig Leistungen des ALGII in Abzug gebracht werden.

2. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, das SGBII dahingehend zu ändern, dass Alleinerziehenden für die Zeit des Aufenthalts von Kindern beim anderen Elternteil keine Leistungen anteilig in Abzug gebracht werden.

SFW1 Steuer / Finanzen / Wirtschaftspolitik

AG 60plus Hamburg

Annahme in geänderter Fassung:

TTIP

Der Parteitag unterstreicht die Bedeutung der beim Konvent 2014 und dem Parteitag 2015 beschlossenen sog. Roten Linien sowie bekräftigt abermals die Beschlüsse der Hamburger Landesparteitage vom April 2014 September 2015 und hebt nochmals hervor, dass:

- eine Absenkung von Standards ausgeschlossen sein muss
- auf außergerichtliche Investor-Staatsklage-Schiedsverfahren sowie die in diesem Zusammenhang vorgesehenen einklagbaren Rechte verzichtet werden muss
- die sog. regulatorische Kooperation, die den Handlungsspielraum demokratisch legitimer Vertretungskörperschaften einschränkt, abgelehnt wird
- dass Gesprächsinhalte und –Ergebnisse nach jeder Verhandlungsrunde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

SFW2 Steuer / Finanzen / Wirtschaftspolitik

Kreis III Eimsbüttel

Annahme

Mehrwertsteuersatz für Baby- und Kleinkindprodukte auf 7 Prozent senken

Die Mehrwertsteuer auf Verbrauchsgüter für Säuglinge und Kleinkinder, wie z.B. Windeln, muss einheitlich auf sieben Prozent beschränkt werden – in ganz Europa. Die SPD muss darauf hinwirken, dies in der Gesetzgebung umzusetzen.

SFW3 Steuer / Finanzen / Wirtschaftspolitik

Jusos zurück gezogen

Abschaffung der 1- und 2-Cent Münzen

SFW4 Steuer / Finanzen / Wirtschaftspolitik

Jusos Annahme

Steuerliche Gleichbehandlung stärken – keine Privilegierung von bereits Privilegierten!

Wir setzen uns dafür ein, dass folgende Änderungen der Steuergesetze bewirkt werden:

1. Eine steuerliche Gleichbehandlung von beruflicher Erst- und Zweitausbildung
2. Eine Einstufung der Ausbildungskosten als Werbungskosten nach § 9 EStG

SFW5 Steuer / Finanzen / Wirtschaftspolitik

Jusos zurück gezogen

Hamburger Wohlfahrtsindex

SFW6 Steuer / Finanzen / Wirtschaftspolitik

AG 60plus Hamburg

Initiativantrag Annahme

Aufstockung der Haushaltsmittel für die offene Seniorenarbeit

Der Landesparteitag appelliert an Bürgerschaft und Senat, die Mittel für offene Seniorenarbeit nach zehn Jahren wieder zu erhöhen.

Bil1 Bildung/Ausbildung

Jusos

Annahme

Berufsorientierung mit Fahrplan

Wir fordern, dass ein verbindliches Konzept für die Vermittlung von Berufsorientierung an Gymnasien eingeführt und umgesetzt wird. Es sollen gleichermaßen Studiengänge und Berufsausbildungen in diesem Konzept enthalten sein. Des Weiteren muss auf Bewerbungstraining als Bestandteil der Berufsorientierung verstärkt Wert gelegt werden. Die Teilnahme an der Berufsorientierung soll für Schülerinnen und Schüler verbindlich sein. Diese Konzeption darf sich nicht zu Lasten der bestehenden Inhalte der Lehrpläne entwickeln.

Bil2 Bildung/Ausbildung

Jusos

zurück gezogen

Berufsorientierung: Endlich individueller gestalten!

Ges1 Gesundheit

AG 60plus Hamburg

zurück gezogen

Freistellung der Pflegebedürftigen von den Investitionskosten stationärer Pflegeeinrichtungen

Ges2 Gesundheit

Kreis VII Harburg

erledigt durch Verwaltungshandeln

Laienreanimation: Auch Du kannst Leben retten!

Inn1 Inneres

Kreis VII Harburg

erledigt durch Inn NEU

Informationsstelle zu Aussteigerprogrammen

Inn2 Inneres

Jusos

erledigt durch Inn NEU

Aussteigerprogramm

Inn NEU Inneres

Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung:

Informationszugänge zu Extremismus-Prävention und Aussteigerprogrammen

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, um Demokratie und ein freies Leben sicherzustellen.

In der Auseinandersetzung mit extremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt müssen wir unsere Kräfte stärken und bündeln.

In der aktuellen Situation hat Prävention gegen Extremismus eine besondere Bedeutung.

Der Hamburger Senat hat in den letzten Jahren mit seinen Konzepten „Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ergreifen“ und dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ umfassende Maßnahmen zur Beratung und Unterstützung von Jugendlichen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Einrichtungen und Institutionen entwickelt und umgesetzt, sowie spezielle Programme aufgelegt, um den Ausstieg aus extremistischen Strömungen zu ermöglichen.

Dazu wird auf folgenden Internetplattformen Auskunft gegeben:

<http://www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus>

<http://www.hamburg.de/religioeser-extremismus/>

Das Vorhandene weiter zu entwickeln und eine möglichst große Transparenz über die Angebote herzustellen ist unerlässlich, um einen leichten Zugang zu gewährleisten.

Der Landesparteitag möge daher beschließen:

Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert,

1. sich weiter dafür einzusetzen, dass der Zugang zu Informationen und Angeboten über Beratungsmöglichkeiten, Aussteigerprogramme und Prävention gewährleistet ist
2. zu prüfen, ob die bisherigen Informationszugänge zu Aussteiger- und Präventionsprogrammen noch optimiert werden können
3. zu prüfen, wie die präventive Arbeit zu Extremismus in Form religiös geprägten Extremismus und Rechtsextremismus im Bereich der politischen und schulischen Bildung sowie u.a. in Freizeitangeboten für Jugendliche weiter gestärkt werden kann
4. und ggf. entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Umw1 Umwelt

Kreis VII Harburg

Annahme in geänderter Fassung:

Verbot von Mikroplastikteilchen

Die SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich für ein Verbot von Mikroplastik-Teilchen (bewusst hergestellte und eingesetzte Kunststoffteilchen im Mikrometerbereich) einzusetzen.

Ver1 Verkehr

Kreis IV Nord

Annahme in geänderter Fassung:

Rücknahme Gebühren bei P+R-Plätzen

Der Senat wird aufgefordert, die Einführung der Gebührenpflicht für Park & Ride Plätze zu evaluieren und dabei sowohl die finanziellen Auswirkungen als auch die Auswirkungen auf die Parkplatzsituation angrenzender Gebiete darzustellen und die Ergebnisse dem nächsten Landesparteitag vorzulegen.

Ver2 Verkehr

AG 60plus Hamburg

Annahme in geänderter Fassung:

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion möge sich weiterhin bei den anstehenden Straßenbau- und Tiefbaumaßnahmen für die Herstellung von Barrierefreiheit einsetzen.

Vbr1 Verbraucherschutz

Kreis VI Bergedorf

Annahme

Verbraucherrechte stärken, geplante Obsoleszenz technischer Geräte vermeiden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf zu prüfen, wie Verbraucher vor der geplanten Obsoleszenz von technischen Klein- und Großgeräten wie z. B. Waschmaschinen geschützt werden können. Ziel muss es sein, die Lebensdauer dieser Geräte zu verlängern.

Rel1 Religion

Jusos

Annahme in geänderter Fassung:

Imame selbst ausbilden - Chance ergreifen

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen,

ob gemäß der Präambel, den Artikeln 1, 2, 4 und insbesondere 5 * des Vertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren sowie des Vertrages mit der Alevitischen Gemeinde, die Kapazitäten der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg zur Ausbildung von Imamen und alevitischen Religionsgelehrten über die derzeitige Ausbildung von Lehramtsstudierenden hinaus ausgebaut werden könnte.

Entsprechende Studiengänge werden derzeit an fünf universitären Standorten in Deutschland angeboten und werden durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gefördert.

*(Artikel 5 Hochschulausbildung: Die Freie und Hansestadt Hamburg fördert eine Ausbildungsstätte für islamische Theologie und Religionspädagogik an der Universität Hamburg)

Spo1 Sport

Kreis V Wandsbek

Annahme in geänderter Fassung:

Langfristige Finanzierung für den Sport sicherstellen

Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft wird aufgefordert,

1. den Etat der Sanierungsoffensive Sportstättenbau ab 2017/18 mit mindestens 4 Millionen auszustatten.
2. auch über die Jahre 2017/18 hinaus die finanziellen Mittel in Höhe von mindestens 4 Millionen Euro für die Sanierungsoffensive Sportstättenbau im Finanzplan durchzuschreiben, damit für eine langfristige Planungssicherheit gesorgt wird.
3. sich dafür einzusetzen, dass neben Mitteln für die Sanierung auch höhere Unterhaltungsmittel für staatliche und vereinseigene Anlagen ab dem Haushalt 2017/18 zur Verfügung gestellt werden.

Spo2 Sport

Jusos

Annahme in geänderter Fassung:

Jungsozialdemokratische Sportpolitik in Hamburg und der Welt – Hanseatisch, frisch modern!

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, folgende sportpolitische Forderungen der Jusos zu prüfen:

Auch ohne Olympia: Der Sport muss der Gewinner sein! – Investitionen für den Hamburger Breitensport sicherstellen.

Die Sozialdemokraten Hamburg bedauern den Ausgang des Olympia-Referendums mit all seinen potentiellen Chancen für unsere Stadt, akzeptieren aber selbstverständlich den Willen der HamburgerInnen. Neben den vielen guten Ideen, wie der städtebaulichen Weiterentwicklung des Kleinen Grasbrook, dem Ausbau von Barrierefreiheit und dem Wohnungsbau war für uns Jusos vor allem eines wichtig: Die Unterstützung der Sportvereine und die Unterstützung des Breitensports.

In Hamburg besteht, was die Infrastruktur von Sportanlagen angeht, ein Investitionsbedarf von mehreren Millionen Euro. Nachdem im Jahr 2012 der sog. „Pflegezustandsbericht“ veröffentlicht wurde, wurde deutlich, dass vor allem in den Hamburger Bezirken Unterstützung benötigt wird. Neben dem Landessportamt (LSP) und dem Hamburger Sportbund (HSB) bemüht sich seit dem 2. Mai 2013 das „Fachamt bezirklicher Sportstättenbau“ (M/BS) bezirksübergreifend um den Ausbau und die Modernisierung bestehender Sportanlagen, aber auch um die Neuentwicklung von Flächen/ Sportanlagen[1].

Der aktuelle Etat der „Sanierungsoffensive Sportstättenbau“ für 2015/16, betreut vom Fachamt Bezirklicher Sportstättenbau, liegt bei rund 4 Millionen Euro. Dieser setzt sich aus einem festen Etat von 2 Millionen Euro und einem separaten Betrag von 2 Millionen Euro über den „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ zusammen. Ab 2017/18 sind allerdings nur Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro vorgesehen. Eine etwaige Extraausstattung - wie in 2015/16 - ist dem Beirat Bezirklichen Sportstättenbau bisher nicht bekannt. Eine langfristige Finanzierung der Sanierungsoffensive in Höhe von 4 Millionen Euro gilt es anzustreben.

Damit der Breitensport einen Schritt nach vorne macht und die Ziele, wie sie in der „Dekadenstrategie Sport“ beschrieben sind, erreicht, bedarf es aus unserer Sicht einer Erhöhung und langfristigen Sicherung dieser Investitionsmittel[2].

Wir möchten auf die bekannten Impulse und den Stellenwert des Sports auf gesellschaftliche Entwicklungen hinweisen. Insbesondere für die Integration verschiedenster Menschen ist der Sport gerade in der heutigen Zeit unabdingbar. Die olympischen und paralympischen Spielen kommen leider nicht nach Hamburg, aber der Sport kann trotzdem gewinnen. Die Stadt sollte die positive Stimmung gegenüber dem Sport nutzen und weiter in die Sportstätten investieren und damit die Vereine bei ihrer Arbeit unterstützen.

Wir fordern deshalb:

- den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, die Mittel der „Sanierungsoffensive Sportstättenbau“ für die Haushaltsjahre 2017/18 und darüber hinaus (für Investitionen in die Hamburger Sport-Infrastruktur) erneut auf 4 Millionen aufzustocken und langfristig sicherzustellen.

Alle Sportarten mitnehmen – Keine Benachteiligung kleinerer Disziplinen

Hamburg ist mit zwei Profifußballvereinen in den ersten Ligen des Landes der sportliche Mittelpunkt des Nordens. Das ist wichtig und schützenswert. Dennoch müssen wir dafür Sorge tragen, dass andere Sportarten in Hamburg dieselbe Wertschätzung und politische Förderung erhalten, wie es dem Fußball zuteilwird.

Als Weltstadt haben wir die Ressourcen auch untypische Disziplinen anzubieten und damit selbst Trends zu setzen. Es sollte sichergestellt werden, dass Fördergelder über jegliche Vereine und Sportarten in der Stadt fair verteilt werden. Die Stadt Hamburg sollte den Anspruch haben für alle Sportarten die besten Bedingungen anbieten zu können. Einzelne

Sportarten dürfen dabei jedoch keine Bevorzugung finden. Dies könnte durch eine grobe zuvor festgelegte Finanzierungsabsicht sichergestellt werden. Dabei sollte beachtet werden welche Maßnahmen eine möglichst umfassende Förderung erreichen (z.B. Modernisierung von Mehrzweckhallen, Schwimmhallen oder Ausbau von Kunstrasenplätze).

Wir fordern deshalb:

1. Flächendeckende und faire Verteilung von Fördergeldern auf alle Sportarten
2. Regelmäßige Überprüfung der Aufteilung öffentlicher Ausgaben auf einzelne Sportarten.

Kein Platz für Homophobie! Sport für Vielfalt!

Wir wollen eine vielfältige und offene Gesellschaft ohne Vorurteile und Diskriminierung. Leider kann Homosexualität im Sport noch nicht frei gelebt werden. Gerade Fußball als männlich geprägter und dominierter Sport ist davon betroffen. Dabei macht es kaum einen Unterschied, ob man über den Profi- oder den Amateurbereich spricht. Wie kann es sein, dass kein aktiver Spieler im Profibereich sich offiziell zu seiner Homosexualität bekennt? Outings finden heutzutage erst nach der aktiven Karriere statt. Prominentes Beispiel ist derzeit Thomas Hitzlsperger. Das Problem sind oft Vorurteile und Diskriminierungen durch Fans oder die eigenen MannschaftskollegInnen, die den SpielerInnen ein Outing oft unerträglich machen. So wird das Wort „Schwuchtel“ im sportlichen Kontext oft leichthin als Schimpfwort benutzt, ohne sich der Konsequenzen für andere Menschen bewusst zu sein.

Diskriminierung auf dem Sportplatz erfolgt alltäglich und jeder Einzelne muss darauf hinwirken unseren Umgang untereinander von Stigmatisierungen zu befreien.

Wir HamburgerInnen können stolz auf den ersten schwul-bi-lesbischen Fußball-Fanclub in Deutschland - die „Volksparkjunxx“ - sein. Auch das Engagement des FC St. Pauli, der beispielsweise von 2002 bis 2010 einen offen schwul lebenden Präsidenten, nämlich Corny Littmann, hatte, ist unverzichtbar. Gerade in dieser Saison setzen sie mit einem Regenbogenstreifen an den Ärmel-Enden der Trikots ein Statement.

Ein erster Versuch die gesamte Bundesliga einzubeziehen erfolgte 2013: Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld initiierte die „Berliner Erklärung“, doch zu Beginn unterschrieben von den Erstligisten nur die Vereine FC Bayern, Werder Bremen, Hannover 96 und Hertha BSC Berlin.

Wenn man den Blick von den Profi-Sportarten hin zum Hobby-Sport wendet, so ist es erfreulich zu sehen, dass der Hamburger Verein „Startschuss“ ein diskriminierungsfreier Anlaufpunkt für Sportinteressierte ist, in dem knapp 20 verschiedene Sportarten angeboten werden. Die Mitgliederzahl wächst stetig. Diesen diskriminierungsfreien Raum brauchen wir in allen Sportvereinen in Hamburg. Wichtig ist in den Sportvereinen in den Stadtteilen – und auch in der Schule –für einen respektvollen Umgang zu werben. Hier sind besonders TrainerInnen auch Lehrkörper in der Verantwortung.

Wir fordern deshalb:

- Eine hamburgweite Kampagne gegen Homophobie im Sport in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Sportbund.
- Die Aufsetzung einer „Hamburger Erklärung“ gegen Homophobie und Diskriminierung.
- Fortbildung und Sensibilisierung von TrainerInnen und PädagogInnen.
- Unterstützung und Ausweitung vorhandener Projekte.
-

Kampf gegen Extremismus – Radikalität und Gewalt sind unsportlich

Nazis und rechte Ideologien, sowie jede andere Form von Gewalt und Extremismus sind inakzeptabel! Dies gilt überall und insbesondere im Sport.

Im Fußball kommt es jedoch immer wieder zu Problemen, weil radikale Gruppen die Konkurrenzsituation zwischen zwei Mannschaften und deren Fans ausnutzen um (unterschwellig) ihr radikales Gedankengut zu verbreiten und gewaltsame Auseinandersetzungen herbeizuführen.

So ist unter anderem ein Wiederaufkeimen rechtsradikaler Fangruppierungen festzustellen, die sich durch Symbole mit rechtsradikalem Hintergrund identifizieren lassen. Sie versuchen über das Medium Fußball neue Mitglieder zu gewinnen, u.a. indem sie anfangs politisch neutrale Fußballfans bzw. Fangruppen radikalieren (<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/bvb-gegen-rechts-rechtsextremismus-fremdenfeindlichkeit100.html>). Trauriger Höhepunkt war die Veranstaltung „Hooligans gegen Salafisten“, bei der Gewalt und Radikalität die einzigen Ziele waren und überhaupt kein Bezug zum Sport mehr bestand.

Einflussnahme durch Extremisten betrifft jedoch nicht nur den Spitzensport. Im Amateurbereich kommt es immer wieder vor, dass sich Personen mit radikalen Einstellungen unauffällig verhalten und durch großes Engagement unverzichtbar machen, um so unterschwellig ihre Ideologien zu verbreiten.

Wir fordern deshalb:

- Das sowohl im Spitzensport, als auch im Amateurbereich Radikalität und Gewalt noch aktiver entgegengewirkt wird, z.B. durch SpielbeobachterInnen, die radikale Fangruppen entlarven
- Die Polizeipräsenz auszuweiten und effektiver zu gestalten
- Gewaltpräventive Fanprojekte und Aussteigerprogramme für ExtremistInnen zu stärken, zu fördern und zu vernetzen

- Stadionverbote und sonstige Sanktionen wie z.B. einen Vereinsausschluss konsequenter durchzusetzen
- OrdnerInnen und sonstiges Personal an den Veranstaltungsorten für (unterschwellig) Extremismus zu sensibilisieren u.a. durch Schulungen
- OrdnerInnen und sonstiges Personal an den Veranstaltungsorten genauer auf einen möglichen extremistischen Hintergrund zu untersuchen
- Ein klares Bekenntnis aller Vereine zur Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft, sowohl in der Vereinsatzung, als auch durch Öffentlichkeitsarbeit
- SponsorInnen, die dem o.g. Bekenntnis entgegenstehen, abzulehnen
- Verstärkte Investitionen von Kommunen und Vereinen in die Jugendarbeit

Jugend muss mitreden! – Förderung der Jugendarbeit in Turn– und Sportvereinen

Sport– und Turnvereine sind fester Bestandteil unserer Stadtteile und erfüllen in vielen Bereichen sowohl gesellschaftliche als auch pädagogische Aufgaben.

Dennoch sind Jugendliche in der Mehrheit der Vereine - trotz staatlicher Förderung von Jugendarbeit- benachteiligt.

Lediglich in 25% der Vereine sind Jugendliche mit stimmberechtigten Mitgliedern in den jeweiligen Vorständen vertreten. Etwa gleich groß ist der Anteil der Vereine, in denen der/die JugendwartIn bzw. die Jugendvertretung durch die Jugendlichen selbst gewählt wird. Einen eigenen Jugendvorstand bzw. Jugendausschuss findet man mit 17 % nur in wenigen Turn- und Sportvereinen.

Die flächendeckende und frühe Förderung der Mitbestimmung und Eigenständigkeit Jugendlicher führt nicht nur zu einer nachhaltig stärkeren Bindung junger Menschen an ihren Verein, sondern kann außerdem dem Mitgliederschwund in den Vereinen entgegenwirken und die Nachwuchsförderungsrate im Verein steigern.

Wir fordern deshalb:

- Stimmberechtigung aller Jugendlichen in den Hauptversammlungen der Turn – und Sportvereine. Mitsprache für alle!
- Förderung der Einrichtung von Jugendversammlungen in Großvereinen ebenso wie Einrichtung von eigenen Jugendvorständen.
- Wahl der JungedwartInnen bzw. Jugendvertretung im Vereinsvorstand ausschließlich durch die Jugendlichen selbst.

„Kids in die Clubs“ erweitern auf „Jugend in die Clubs“

Teilhabe am Sport bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Diese Möglichkeit steht bedauerlicherweise nicht jedem Kind und jungen Erwachsenen offen. Besonders Kinder aus einkommensschwachen Familien sind diese Chancen verwehrt.

Durch das Programm „Kids in die Clubs“ unterstützt die Freie und Hansestadt Hamburg Turn – und Sportvereine, welche durch kostenfreie Förderangebote den Weg zum Sport für Kinder aus allen sozialen Schichten eröffnen.

Wir Jusos Hamburg unterstützen nachdrücklich diese Förderung durch die Behörde für Inneres und Sport. Allerdings sehen wir an dieser Stelle weiteren Handlungsbedarf.

Zum einen muss der Zugang zur Förderung innerhalb des Programms effizienter gestaltet werden. Es gilt, den Prozess schneller, niedrigschwelliger und zugänglicher zu gestalten. Bürokratische Hindernisse müssen daher weiter abgebaut werden.

Für viele Familien mit Migrationshintergrund stellt bereits das Stellen des Antrags ein Hindernis dar, welchem durch die Bereitstellung der Rahmenvereinbarung in verschiedenen Sprachen bereits Abhilfe schaffen würde.

Die Begrenzung des Programms auf Kinder bis zum 18. Lebensjahr verwehrt vielen jungen Auszubildenden und StudentInnen die Möglichkeit, das Programm zu nutzen. Eine Erweiterung des Förderprogramms bis zur Kindergeldbezugsdauer bzw. dem ersten Ausbildungsabschluss könnte hier die Bindung junger Menschen in diesen sozialen Strukturen weiter stärken.

Wir fordern deshalb:

- Evaluation des Programms „Kids in die Clubs“.
- Bürokratische Prozesse vereinfachen und beschleunigen.
- Rahmenvereinbarung in verschiedenen Sprachen anbieten.
- Altersgrenzen auf die Vollendung der ersten abgeschlossenen Ausbildung oder bis einschließlich des 25. Lebensjahres erweitern.
- Verstärkte Bewerbung des „Jugend in die Clubs“- Programms durch die FHH.
- Überprüfung der finanziellen Anspruchsgrenzen des Programms „Kids in die Clubs“.

Aus- und Weiterbildung von jungen TrainerInnen stärken! Qualifikation hilft.

Hamburg ist eine bunte und multikulturelle Stadt. JedeR dritte HamburgerIn hat einen Migrationshintergrund. Bei Kindern unter sieben Jahren liegt die Quote sogar bei rund 50%.

In verschiedenen Bereichen haben Politik und die Behörden bereits auf diesen Umstand reagiert. Gezielte Förderung junger Erwachsener zu einer Beamtenausbildung ist nur eines der vielen positiven Beispiele.

Dies gilt es nun auch im Sport verstärkt zu unterstützen. Die Förderung von TrainerInnen mit Migrationshintergrund kann zum einen die Vereine für weitere gesellschaftliche Gruppen öffnen und auf der anderen Seite die Begeisterung von Familien und jungen Erwachsenen an Turn- und Sportvereinen erhöhen.

Durch besondere Fortbildungsprogramme können TrainerInnen für kulturelle Unterschiede geschult werden, um so eine größere Sensibilität für mehr Toleranz innerhalb der Vereinsstrukturen zu fördern. Vor dem Hintergrund vieler neuer BewohnerInnen in unserer Stadt ist dies ein klares Signal für Toleranz und Vielfalt.

Wir fordern deshalb:

- Kultursensibilität durch besondere Fortbildungsprogramme.
- Förderung von TrainerInnen mit Migrationshintergrund.
- Einrichtung einer verkürzten TrainerInnenausbildung für freiwillige HelferInnen.

„Integration durch Sport“ – auch in unserer Stadt

"Integration durch Sport" ist ein vom Deutschen Olympischen Sportbund initiiertes und vom Bund bezuschusstes Programm. Die Aktion läuft bundesweit und wird vor Ort von den Landessportverbänden betreut. Sport war und ist auch heute noch eines der wichtigsten Stützpfeiler der Integration. Hier können spielerisch Sprachbarrieren abgebaut werden, hier können Menschen unabhängig der Nationalität, Religion oder Familienhintergrund gleichberechtigt miteinander interagieren und gemeinsame Ziele erreichen.

Wir fordern deshalb:

- Verstärkte Förderung des Projekts „Integration durch Sport“.
- Integrationsbeauftragte in die Vereinsvorstände.
- Förderung der kulturellen Vielfalt durch Erweiterung der Sportangebote.
- Fachkräfte werben durch Stärkung der Zusammenarbeit mit Migrations- und Kulturvereinen.

Refugees Welcome – auch in unseren Vereinen!

Durch die Flüchtlingsbewegung in den letzten Jahren sind viele Menschen zu uns gezogen. Das stellt für unsere Stadt eine Herausforderung dar.

Wir Jusos Hamburg haben als eine der ersten in unserer Partei klar und immer wieder Position bezogen. Wir heißen die Geflüchteten in unserer Stadt herzlich willkommen!

Zur Willkommenskultur gehört jedoch nicht nur die Unterstützung in den Erstaufnahme- und Folgeunterbringungen und das ehrenamtliche Engagement vieler von uns, sondern auch eine frühzeitige Integration.

Sport war und ist auch heute noch eines der wichtigsten Stützpfeiler der Integration. Hier können spielerisch Sprachbarrieren abgebaut werden, hier können Menschen unabhängig der Nationalität, Religion oder Familienhintergrund gleichberechtigt miteinander interagieren und gemeinsame Ziele erreichen.

Das Projekt „Willkommen im Sport – Sport und Bewegungsangebote für Flüchtlinge“ des Hamburger Sportbunds geht hier einen richtigen Weg. Diesen gilt es verstärkt besonders durch finanzielle Mittel zu unterstützen.

Wir fordern deshalb:

- Werbung für Turn- und Sportvereine in den Folgeunterbringungen.
- Öffnung des Programms „Kids in die Clubs“ bzw. „Jugend in die Clubs“ für Flüchtlinge.
- Förderung der Anwerbung von JugendtrainerInnen auch in den Folgeunterbringungen.
- Berücksichtigung von ausreichenden Sportarealen bei Bau von Großunterkünften.
- Erhöhung der finanziellen Mittel für das Projekt "Willkommen im Sport – Sport und Bewegungsangebote für Flüchtlinge".

Frauen sind stark – Macht sie stärker! Frauenförderung im Sport

Besonders im Bereich des Sports zeigen sich geschlechterspezifische Unterschiede.

Insbesondere junge Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund betätigen sich prozentual sehr geringfügig in Turn- und Sportvereinen. Hier gilt es, mit speziellen Angeboten und Programmen auf Besonderheiten und Bedürfnisse einzugehen und mögliche Barrieren abzubauen.

Wir fordern deshalb:

- Spezielle Kurse für Frauen und Mädchen.
- Besondere Förderung von jungen Trainern.

Sport und Bildung – Wissen, was gut tut!

Die gezielte Förderung von Sport ist im gesamten Bildungsbereich übergreifend zu verankern. Daher sollte die Förderung nicht auf einzelne Institutionen beschränkt sein. Die Zielsetzung beruht dabei auf zweierlei Aspekten: Zum einen fördert regelmäßiger Sport als Ausgleich die geistige Leistungsfähigkeit. Eine Förderung trägt somit direkt zur Verbesserung des Bildungsstandortes Hamburg bei. Zum anderen geht es darum, sportliche Betätigung

über das gesamte Leben gesellschaftlich zu verankern. Dies ist gerade in Zeiten von persönlichen Schwierigkeiten haltgebend. Obwohl dies für den gesamten Bildungsbereich als übergreifendes Ziel zu denken ist, muss die jeweilige Förderung für bestmögliche Ergebnisse jeweils institutions- und altersspezifisch moduliert werden.

Daher sollte auch schon in KiTas damit begonnen werden, gezielt Freude und Selbstverständlichkeit in Bezug auf die Themen Sport und Bewegung aufzubauen.

Im Bereich Schule ist der Sportunterricht auszuweiten. Gerade in der Konzeption der Ganztageschule bietet dies Räume zur zwischenzeitlichen geistigen Entspannung und verankert so das Konzept sportliche und geistige Aktivität nicht als Gegensätze, sondern komplementär zu sehen. Um die hier gestellten Erwartungen an den Sportunterricht zu erfüllen, ist auch eine zeitliche Ausweitung angezeigt.

In der Grundschule ist der verpflichtende Schwimmunterricht besonders zu beachten, um den aktuell wieder steigenden Anteil an Nichtschwimmern in den jüngeren Generationen entgegenzuwirken. Dabei ist es eminent wichtig, auch den Eltern zu vermitteln, dass Sport- und Schwimmunterricht nicht nur auf freiwilliger Basis erfolgt, sondern integrativer Bestandteil der Institution Schule ist. Bei hartnäckigen Widerständen von Eltern, zum Beispiel aufgrund religiöser oder weltanschaulicher Vorbehalte, ist auch hier die Schulpflicht zum Wohle der Kinder vehement durchzusetzen.

Im nachschulischen Bereich hat man mit dem Hochschulsport bereits ein Erfolgsmodell geschaffen. Das umfangreiche Angebot gilt es zu erhalten. Um es in der Breite noch attraktiver zu gestalten, scheint hier eine Prüfung auf ein Beitragsmodell für alle Studierenden notwendig, wie es derzeit auch schon beim Studierendenwerk (für Mensen und Wohnheime) angewandt wird. Weiterhin ist zu prüfen, ob nicht auch eine Ausweitung der Zielgruppe auf Auszubildende geboten erscheint. Gerade im Zusammenhang mit einem eventuellen obligatorischen Beitrag ist hier natürlich darauf zu achten, dass es nicht zu einer Besser- bzw. Schlechterstellung von Studierenden und Auszubildenden kommt.

Doch nicht nur der Breitensport bedarf einer stärkeren Förderung. Viele SpitzensportlerInnen kommen aus dem Bereich der öffentlichen Anstellung, da es zumeist nur dort eine angemessene Rücksichtnahme auf die Belange von SpitzensportlerInnen gibt. Es ist erfreulich, dass der öffentliche Sektor hier mit gutem Beispiel vorangeht. Wir sehen jedoch noch Bedarf bei der universitären Unterstützung des Spitzensports, auch außerhalb des Fachbereichs Bewegungswissenschaft. Möglich wäre zum Beispiel eine Verlängerung der Regelstudienzeit, um den betreffenden Studierenden bessere Möglichkeiten zu bieten, sportliches und universitäres Engagement besser miteinander zu vereinbaren.

Wir fordern deshalb:

- KITAS unterstützen: Altersgerechte Sportangebote für U-6-jährige schaffen. Eventuell durch Unterstützung von Sportpädagogen.

- Verpflichtender Schwimmunterricht in mindestens einem Jahrgang der Grundschule, sodass alle Kinder zumindest das „Seepferdchen“ erlangen.
- Durchsetzung der Schulpflicht auch und gerade für den Sport- und Schwimmunterricht.
- Verpflichtende Einführung und finanzielle Ermöglichung von 3 Wochenstunden Sport für alle Hamburger Schulen (inkl. berufsbildende Schulen). Dabei ist sicherzustellen, dass Stundenausfälle nicht zu Lasten des Sportunterrichts gehen und Ausfälle kompensiert werden.
- Ausbau der Förderung von SpitzensportlerInnen, zum Beispiel anhand von längeren Regelstudienzeiten.
- Beibehaltung der Förderung des Uni-Sports. Zu prüfen sind dabei Beitragsmodelle, wie den Mensen, dem Studierendenwerk, um die Teilnahme weiter zu vergünstigen und/oder die Ausweitung der vergünstigten Angebote auf Auszubildende.

Kriminal- und Gewaltprävention durch Sport – Deeskalierend eskalieren!

Sport in seiner Vielfalt ist sehr gut dafür geeignet präventiv gegen Kriminalität und Gewalt zu wirken. Dies nicht nur primär (vorbeugend), sondern auch sekundär (um ein endgültiges Abgleiten in eine „schiefe Bahn“ zu verhindern) und tertiär (Resozialisierung von bereits kriminell aktiven Jugendlichen).

Sport kann hier in jeglicher Form positiv auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – insbesondere derer, die prekären oder sozialschwächeren Bevölkerungsgruppen angehören. Gerade bei diesen Jugendlichen ist oft problematisch zu bewerten, dass nicht genug erzieherisch von den Eltern oder dem sozialen Umfeld positiv auf die Kinder und Jugendlichen eingewirkt wird, sodass diese mit ihrer Freizeit schlichtweg nichts anzufangen wissen. Dies sorgt für eine fortschreitende Langeweile, Frustration und/oder Perspektivlosigkeit. Falls dann auch noch ein schwieriges soziales Umfeld vorherrscht, in dem sich kriminelle Aktivitäten, Drogenkonsum oder andere derartige Dinge abspielen, entsteht ein Teufelskreis, der nur durch sinnvolle Entwicklung von Stärken und Sozialkompetenz durchbrochen werden kann. Wege müssen erlernt werden, wie Konflikte gelöst werden können, wie deeskalierend auf andere Menschen im Konflikt eingewirkt werden kann. Dies stärkt die eigene Persönlichkeit und entwickelt Stärken, die in jeglicher Form perspektivisch nutzbar gemacht werden können.

Hierzu bedarf es gewisser Konzepte, um dies gewährleisten zu können. Gewaltprävention und Kriminalprävention werden nicht durch sportliche Betätigung per se erreicht. Es bedarf vielmehr noch geeigneter sozialpädagogischer Maßnahmen und Konzepte, die die Charaktereigenschaften, die der Sport entwickelt, aufbauen und weiterentwickeln. Diese Maßnahmen müssen jedoch möglichst niedrigschwellig und ohne einen offensichtlichen pädagogischen Charakter aufgebaut werden, da Jugendliche aus randständigen Gruppen oftmals solchen Angeboten skeptisch gegenüberstehen und diese daher unter Umständen

nicht annehmen würden. Es muss darauf geachtet werden, Spaß mit Tugend zu verbinden, um die Möglichkeiten gut auszuschöpfen.

Ein gemeinsames Miteinander in einem Team, fernab von Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder anderen Unterschieden ist ein wichtiger integrativer Bestandteil von Sport in jeglicher Form. Toleranz, Respekt, Teamfähigkeit, Selbstkontrolle und Disziplin werden von Beginn an als Maßstäbe mitgegeben und vertieft. Dies steigert das Selbstwertgefühl der Jugendlichen und gibt ihnen das Gefühl, eine Perspektive zu haben und ihre Stärken in der Gesellschaft einbringen zu können.

Um solche Projekte und Maßnahmen zu realisieren bedarf es aber umso mehr aktiver Beteiligung durch den Staat und die Kommune. Eine Teilhabe aller regionalen Jugendverbände zu derartigen Angeboten erhöht nicht nur die Teilnahmebereitschaft sondern eben auch die Akzeptanz und Reichweite solcher Angebote.

Auch in den Schulen muss dieser Aspekt vermehrt Berücksichtigung finden. Es ist nicht mit einer Erhöhung von Sportschulstunden getan, sondern es muss auch an dem Konzept gearbeitet werden. Dauerläufe à la „Cooper-Test“ müssen überdacht werden, hin zu einer Stringenz, in der die bereits genannten Charaktereigenschaften erlernt und vertieft werden können. Konfliktmanagement und Deeskalation oder auch Selbstverteidigung im schulischen Curriculum einzubringen sind durchaus gute Beispiele, um hier auch von Seiten der Schule positiv auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen einzuwirken.

Wir fordern deshalb:

- Vernetzung von Jugendorganisationen und Schulen zum gemeinsamen Austausch über kriminalpräventive Angebote! Von der Stadt gefördert.
- Bildung und Beteiligung von regionalen Kriminalpräventiven Räten!
- Mehr Kampfsportangebote an Schulen! Deeskalation statt Aggression.
- Vermehrte Selbstverteidigungskursangebote, insbesondere für Frauen und Mädchen in Vereinen und Schulen! Frauen stärker machen.
- Keine offensichtliche Anti-Gewalt-Orientierung! Implizit präventiv wirken. Nur so wird eine Beteiligung randständiger Gruppen erreicht – der Sport und das Gruppenerlebnis im Vordergrund, der deeskalierende, pädagogische, präventive Charakter dieser Kurse soll unterschwellig vermittelt werden, um wirklich einen Lernerfolg zu generieren.
- TrainerInnen und SchiedsrichterInnen als Konflikt-MediatorInnen ausbilden! Unter Koordination des Hamburger Sportbundes.
- Härtere und mehr Strafen bei Sportgerichten! Strafen konsequent ahnden, GewalttäterInnen konsequent verurteilen.

- Repressionen für Gewalttaten im Spielverlauf! Fouls, Tritte, Beleidigungen müssen von Sportgerichten umgehend verurteilt und Sperren konsequenter und härter verhängt werden.
- Alle derartigen Angebote von der Stadt vermehrt fördern! Prävention kostet weniger als Repression.

Finanzierung von Polizeieinsätzen bei gewinnorientierten Großveranstaltungen

In Anlehnung an den Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen vom 10.12.2013:

In Hamburg findet eine Vielzahl von gewinnorientierten Großveranstaltungen statt. Für die Sicherheit und Ordnung innerhalb des Veranstaltungsraums ist der Veranstalter verantwortlich. Die Sicherheit im öffentlichen Raum hingegen ist Aufgabe der staatlichen Sicherheitskräfte. Die Polizei greift dabei nicht nur im Fall einer konkreten Straftat ein, sondern ist bei sehr vielen Veranstaltungen bereits im Vorfeld präsent und wirkt damit auch präventiv.

Dieses Wirken führt zu zahlreichen Einsatzstunden innerhalb der Polizei, die nicht komplett innerhalb der regulären Dienstzeiten ausgeglichen werden können.

In Bremen sind allein für die durch den Ligaverband veranstalteten Spiele der Fußballbundesliga in der Saison 2012/13 über 37.000 Einsatzstunden der Polizei angefallen. Hinzu kommen Kosten für die zur Unterstützung hinzugezogene Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern, die ebenfalls von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Dem stehen teilweise erhebliche Gewinne gegenüber, die der private Veranstalter erzielt. In der Saison 2011/2012 erlösten die im Ligaverband zusammengeschlossenen 36 Vereine und Kapitalgesellschaften ca. 2,5 Milliarden Euro. Auch vor dem Hintergrund immer knapper werdender Kassen erscheint es daher angemessen, eine Beteiligung des Veranstalters an den Kosten zu prüfen.

Wir fordern deshalb:

- zu prüfen, ob, wie und nach welchen Kriterien eine Beteiligung des Veranstalters einer gewinnorientierten Großveranstaltung an den Kosten des Polizeieinsatzes auf Basis landesrechtlicher Regelungen erfolgen kann;
- soweit hierfür Rechtsgrundlagen zu ändern sind, diese zu entwerfen;
- bei der Umsetzung der Kostenbeteiligung mit anderen Bundesländern zu kooperieren

<http://www.spd-fraktion-bremen.de/auf-einen-blick/details/article/dringlichkeitsantrag-land-finanzierung-von-polizeieinsaetzen-bei-gewinnorientierten-grossveranstalt.html>

Fair und gesund statt gedopt

Höher, schneller, stärker ist das Motto der Olympischen Spiele. Die teilnehmenden SportlerInnen sind allerdings nicht immer bereit, dieses Motto mit Fleiß und Training zu füllen, sondern greifen zu Dopingsubstanzen und -methoden. Die Zahl der Dopingfälle steigt auch in Deutschland: von Dieter Baumann über Jan Ullrich bis zu Evi Sachenbacher-Stehle - es sind somit auch prominente deutsche SportlerInnen, die vermehrt positiv getestet werden. Bei den positiv getesteten SportlerInnen handelt es sich nicht nur um AusdauersportlerInnen, sondern auch alle anderen Sportarten sind vom Doping betroffen. Die meisten SportlerInnen handeln allerdings nicht alleine, sondern es gibt ganze Systeme, die aus SportlerInnen, TrainerInnen, BetreuerInnen und ÄrztInnen bestehen. Bekannte Fälle sind hier das Team Telekom/T-Mobile oder die BALCO-Affäre in den USA. Um diesen Praktiken Einhalt zu gebieten, müssen die handelnden Personen spürbar zur Rechenschaft gezogen werden, denn neben allen körperlichen Folgen geht es im Profisport auch um Siebprämien und damit verbundenen Werbeeinnahmen, welche sich durch Betrug erschlichen wurden. Zur Aufdeckung und Aufklärung von Doping sind die Anti-Doping-Agenturen (NADA und WADA) mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Doping spielt mittlerweile nicht mehr nur eine Rolle im Profisport, sondern auch im Breitensport wird immer mehr zu Substanzen gegriffen, die die Muskeln schneller wachsen lassen oder die Erholungszeit reduziert. Die damit verbundenen Folgen oder die Kosten für die Allgemeinheit sind heute noch nicht absehbar. Deshalb muss es eine gemeinsame Kampagne geben, damit auf allen Ebenen Aufklärung betrieben wird, um den ersten Kontakt mit Dopingpraktiken zu verhindern. Die Opfer der Staatsdopingsysteme in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sollten endlich unbürokratisch entschädigt werden. Bisher ist erst ein Teil der Opfer auch als solche anerkannt, was ein nicht hinnehmbarer Zustand ist. In den Systemen sind Kinder und Jugendliche unwissentlich gedopt worden und diese Menschen müssen bis heute unter den Folgen leiden. Beteiligte TrainerInnen, BetreuerInnen und ÄrztInnen sind bis heute noch im Sport aktiv und sollten endlich ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Wir fordern deshalb:

- Ein Präventions- und Aufklärungsprogramm in den Sportvereinen, sowie den Fitnessclubs, in Schulen und bei Sportveranstaltungen im Profi- und Breitensport. Dabei sollen die Folgen des Dopingmissbrauchs gezeigt und einen Weg hin zum fairen und gesunden Sport aufgezeigt werden.
- Die Einflussnahme gegenüber den Sportverbänden, um positiv getestete Sportler für mindestens 4 Jahre zu sperren.
- Beteiligte Ärzte, die wissentlich im Dopingsystem agieren, ihre Approbation lebenslang zu entziehen.
- Die Verschärfung des AntiDopG:

o §3 wenn Sportlerinnen und Sportlern aus medizinischen Gründen ein Medikament einnehmen, welches auf der Liste der verbotenen Stoffe steht, ist ihnen die Teilnahme an Sportveranstaltungen zu untersagen.

o §4 das Mindeststrafmaß soll oberhalb von 2 Jahren beginnen.

- Die bessere Finanzierung der Anti-Doping-Agenturen.
- Die Entschädigung aller Opfer staatlichen Dopings in der DDR, sowie der Bundesrepublik; eine unbürokratische Regelung sollte dabei umgesetzt werden.
- Die rechtsstaatliche Aufklärung der staatlichen Dopingsysteme, mit all ihren Beteiligten.

Sport und Gesundheit

Ein gesundes und langes Leben steht untrennbar mit Sport in Verbindung.

Dies spielt allerdings nicht erst im höheren Alter eine Rolle, sondern fängt bereits im Kindes- und Jugendalter an.

Daher muss der Zugang zu Sportanlagen und Sportvereinen so einfach wie möglich sein.

Dabei sollte weder das Einkommen, die Herkunft, die Religion oder sonstige Merkmale eine Rolle spielen, denn am Ende zahlt die Gesellschaft für die gesundheitlichen Kosten der Zukunft.

Sport im Alter

Die Zeiten, in denen die erfahrenen Generationen zu Hause saßen und möglichst wenigen auffallen wollten sind zum Glück vorbei. Die reiferen und erfahrenen Generationen werden immer mobiler und genau dieser Trend sollte weiter gefördert werden. Durch eine hohe sportliche Mobilität kann nicht nur das gesundheitliche Wohlempfinden der bzw. des Einzelnen gesteigert werden, sondern es können damit auch die Gesundheitskosten für die Allgemeinheit gesenkt werden.

Wir fordern deshalb:

Die Schaffung eines Aktivitätsprogramms für alle Altersgruppen, um das lebenslange Sporttreiben zu ermöglichen und zu fördern.

Anreize durch Krankenkassen

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist der bestimmende Faktor für die Höhe der Gesundheitskosten. Deshalb können die Krankenkassen seit 2004 ihren Mitgliedern Bonusprogramme anbieten, um ihr gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern.

Um diese Programme noch erfolgreicher zu machen, sollten sie besser und direkter beworben werden. Diese Werbung sollte allerdings nicht nur durch die Krankenkassen erfolgen, sondern auch durch Sportvereine, Schulen und ÄrztInnen.

Wir fordern deshalb:

Den Ausbau der bestehenden Gesundheits-Bonusprogramme, in Verbindung mit einer besseren und gezielteren Werbung. Damit soll einerseits das Bewusstsein erhöht werden, dass es solche Programme gibt und andererseits einer flexibleren Anerkennung der ausgeübten Sportprogramme.

Anreize im öffentlichen Raum

Immer mehr Menschen betreiben Sport außerhalb der klassischen Sportvereine und organisieren sich beispielsweise in Lauf-, Schwimm- oder Radfahrgruppen. Diese Gruppen nutzen die städtischen und geografischen Gegebenheiten, um ihren Sport zu betreiben. Dabei kommen sie immer wieder mit anderen VerkehrsteilnehmerInnen in Kontakt. Dieser Gesichtspunkt sollte bei der weiteren Stadtplanung berücksichtigt werden.

Wir fordern deshalb:

Die Schaffung und den Erhalt von Sport- und Freizeitflächen bei der weiteren Stadtplanung.

Die Errichtung und den Erhalt von „Trimm-Dich-Pfaden“, um Sport im Freien zu fördern.

Du bist was du isst!

Ernährung und Gesundheit gewinnen in unserer Gesellschaft immer mehr an Stellenwert. Jedoch reicht Sport alleine nicht aus, um die Gesundheit langfristig zu fördern. Die Kombination von Sport und Ernährung spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Eine ausgewogene und bewusste Ernährung schafft die Basis eines dauerhaften Wohlbefindens.

Anfangen vom Frühstück, der wichtigsten Mahlzeit des Tages, bis hin zum Abendessen bilden Vitamine, Mineralstoffe, Eiweiße aber auch Fette eine lebensnotwendige Grundlage, welche die Gesundheit des Menschen fördern.

Eine Fehlernährung und Bewegungsmangel können gesundheitliche Schäden mit sich bringen. Deshalb spricht es von höchster Relevanz frühzeitig Vorbeugungen zu treffen.

Wir fordern deshalb:

* Qualifiziertes Personal in Schulen und Einrichtungen der Freien Kinder und Jugendhilfe zur Aufklärung von gesundheitlichen Risiken, welche durch eine Fehlernährung hervorgerufen werden.

* Eine Implementierung von Ernährungskursen in den Sportunterricht jeder Grund- und weiterführenden Schule, mit dem Ziel ein Grundwissen zum Thema Ernährung, im Fokus der Gesundheit, zu schaffen.

[1] <http://www.hamburg.de/mitte/bezirklicher-sportstaettenbau/>

[2] <http://www.hamburg.de/contentblob/3115782/data/2011-09-29-bis-bt-zukunftskommission-sport.pdf>

Org1 Organisation

Annahme

Kreis III Eimsbüttel

Barrierefreier Stimmzettel

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen,

1. dass für den Landesverband standardisierte Wahlzettel (bspw. als Druckvorlage zum Ausdrucken) mit dazugehörigen Schablonen für Blinde und Sehbehinderte entworfen und allen Gliederungen der Partei zur Verfügung gestellt werden soll.
2. diesen Antrag zur Beschlussfassung an den Bundesparteitag weiter zu leiten, damit auch auf Bundesebene ein entsprechender Stimmzettel für alle Organisationswahlen der SPD verfügbar ist.

Org2 Organisation

Jusos

Ablehnung

Stärkung des Juso-Landesbüros - Für eine optimierte Mitgliederverwaltung im Jugendverband

Org3 Organisation

Kreis VI Bergedorf

Initiativantrag

Annahme in geänderter Fassung

Ersatz für den abgängigen Bäckerbus

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die Landesgeschäftsführung entwickelt ein Konzept für die Neubeschaffung und Nutzung eines motorisierten SPD-Infostandes und stellt es dem Landesvorstand in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause vor.

2. Ziel des Konzeptes ist

a. die Ersetzung des bisher genutzten Bäckerbusses durch einen neueren, zweckmäßigen mobilen Infostand (Bäckerbus II, Verkaufswagen etc.) finanziert durch eine Spendenkampagne unter den Mitgliedern und

b. eine werterhaltende und an den Anforderungen der Partei orientierte Nutzung durch möglichst alle Kreise der SPD Hamburg.

3. Sobald das Konzept vorliegt, legt der Geschäftsführende Landesvorstand den Mittelbedarf fest. Der Landesvorstand setzt unter Beteiligung aller Kreise einen Fundraising-Arbeitskreis ein, der die Aufgabe hat, die vom GLV festgelegten Mittel unter SPD-Mitgliedern einzuwerben.

4. Sobald die erforderlichen Mittel eingeworben wurden, beschafft der Landesgeschäftsführer einen neuen mobilen Infostand.

Hintergründe:

Der Bäckerbus wurde 1995 erstmals zugelassen und wenig später von der SPD Hamburg gebraucht gekauft. Er hat jetzt eine Laufleistung von ca. 75.000 km. Reparaturen häufen sich bei diesem nun 21-jährigen Fahrzeug. Der optische Zustand ist nicht mehr repräsentativ. Da der Bäckerbus häufig von unerfahrenen Fahrerinnen und Fahrern bewegt wird, kommt es regelmäßig zu Fahrzeugschäden, insbesondere beim Parken aber auch durch unsachgemäße Nutzung bei Kupplung und Getriebe. Auch die von den Nutzern zu leistende Reinigung erfolgt wenn überhaupt nur unregelmäßig. Hier ist ein restriktiveres Nutzungskonzept für den parteiinternen Verleih gefragt mit Vorschlägen zu Umsetzung, Kontrolle und Sanktion.

Ein mobiler Parteiinfostand in gutem technischen wie optischen Zustand hätte unter Präsenz- und Werbegesichtspunkten einen echten Mehrwert für die Partei, besonders dann, wenn er von allen Kreisen regelmäßig genutzt würde. Zurzeit wird der Bus nur von zwei Kreisen und einer Arbeitsgemeinschaften regelmäßig genutzt. Die Fundraisingkampagne unter Kreisbeteiligung hat zweierlei Funktion:

1. Eine Sonderausgabe in dieser Höhe sollte nicht aus dem laufenden Betrieb finanziert werden, weil dadurch die für den Wahlkampf notwendige Rücklagenbildung empfindlich gestört würde.

2. Mit der finanziellen und ideellen Einbindung von Mitgliedern aller Kreise steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein neuer „Bäckerbus“ künftig auch von allen Kreisen genutzt wird.

Gerade bei einem in Anschaffung und laufenden Kosten relativ teuren Mobilisierungsinstrument ist die Verankerung (ownership) an der Basis von großer Bedeutung, besonders was die Nutzungshäufigkeit und den verantwortungsvollen Umgang angeht.

AfA Hamburg

Initiativantrag

Annahme in geänderter Fassung

Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen: Keine Grundgesetzänderung ohne Beteiligung der Beschäftigten und die Garantie fairer Arbeitsbedingungen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Hamburger Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgefordert, einer Grundgesetzänderung zur Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen nicht ohne vorherige, ausführliche Prüfung zuzustimmen. Die alternativen Reformvorschläge der Verkehrsminister der Länder vom 23.02.2016 sind einer ausführlichen Prüfung zu unterziehen. Im Rahmen der geplanten Gesetzgebungsverfahren ist zudem die Anhörung der zuständigen Gewerkschaft ver.di als Interessenvertretung der Beschäftigten sicherzustellen.

Die mögliche Schaffung einer Bundesfernstraßengesellschaft darf nicht ohne tarifvertraglich abgesicherte Regelungen zum Schutz der Beschäftigten in den Straßenbauverwaltungen der Länder erfolgen. Dies betrifft vor allem den Schutz vor Kündigungen und Versetzungen sowie die Existenzsicherung und sozialverträgliche Regelungen bei Änderung der Arbeits- und Lebensbedingungen (z.B. Umzug und Aufgabenveränderungen).